

Dierk Hirschel

Eine solidarische Altersvorsorge ist möglich

Die Altersarmut kehrt zurück. Die SPD hat darauf mit einem Rentenkonzept geantwortet, welches wichtige Argumente der Gewerkschaften aufgriff. Unser Autor skizziert die Probleme und Antworten aus gewerkschaftlicher Sicht.

Dierk Hirschel

 (* 1970) ist Bereichsleiter Wirtschafts-
politik der Gewerkschaft ver.di.

dierk.hirschel@verdi.de



Zukünftig droht selbst Normalverdienern ein Lebensabend in finanzieller Not. Wer heute monatlich 2.600 Euro brutto in der Tasche hat, muss mehr als 33 Jahre Vollzeit arbeiten, um später nicht zum Sozialamt gehen zu müssen. Wer ein Viertel weniger bekommt und 42 Jahre gearbeitet hat, muss bereits zum Sozialamt. Die soziale Absicherung des Alters war einst eine große Errungenschaft unseres Sozialstaats. Verabschiedet sich die Republik im 21. Jahrhundert von diesem sozialen Fortschritt.

Die neue Altersarmut ist politisch gemacht. Der Ausbau des Niedriglohnsektors und die Förderung nicht sozialversicherter Arbeit sind dafür verantwortlich, dass viele Beschäftigte von ihrer Arbeit nicht mehr leben können. Der Erwerbsarmut folgt Altersarmut. Die chronische Massenarbeitslosigkeit tut ein Übriges. Die Schieflage auf dem Arbeitsmarkt führt bereits heute dazu, dass die Hälfte der westdeutschen Rentnerinnen und Rentner auf ein Siebtel ihrer Rente verzichten muss.

Doch damit nicht genug: Gleichzeitig beschädigte die Berliner Rentenpolitik die gesetzliche Rente. Die Ziele der Lebensstandardsicherung und der strukturellen Armutsfestigkeit wurden zugunsten stabiler Beiträge aufgegeben. Änderungen der Rentenformel koppelten die Rente von der

Lohnentwicklung ab. Für Arbeitslose gab es geringere Beiträge. Später wurde auch noch die Rente mit 67 eingeführt – eine weitere faktische Rentenkürzung. Diese so genannten Reformen drücken das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente bis 2030 auf 43 %.

Gesetzliche Kürzungen plus arbeitsmarktbedingte Abschläge lassen die künftige Rente um ein Drittel schrumpfen. Diese Leistungskürzung zerstört die Akzeptanz der gesetzlichen Rente. Die private kapitalgedeckte Altersvorsorge kann die Rentenerücklage nicht schließen. Riester- und Rürup-Renten verzinsen lediglich die Ersparnis und versichern ein mathematisch kalkuliertes Risiko. Und da Geringverdiener kaum privat vorsorgen, bekämpft die private Altersvorsorge nicht deren Armutsrisiko. Die Risiken der kapitalgedeckten Altersvorsorge sind hoch. In der Finanzmarktkrise sorgten fallende Vermögenspreise für hohe Kapitalverluste. In der Eurokrise erwirtschafteten die Versicherer nicht einmal mehr den Garantiezins. Der privaten Altersvorsorge steht eine düstere Zukunft bevor.

Eine sozialdemokratische Partei muss die fortschreitende Zerstörung der solidarischen Sozialversicherung stoppen. Dies erfordert ein Umsteuern in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik.

Zunächst braucht es eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Die gesetzliche Rentenversicherung kann unmöglich allein die Folgen schlecht bezahlter und sozial nicht versicherter Arbeit korrigieren. Es ist Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik, den Niedriglohnsektor auszutrocknen. Im Mittelpunkt steht ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro. Der Mindestlohn verhindert aber noch keine Alters-

armut. Hierfür braucht es eine Trendwende bei der allgemeinen Lohnentwicklung. Erst dauerhaft steigende Löhne garantieren armutsfeste Renten.

Tarif- und Lohnpolitik ist aber bekanntlich kein Wunschkonzert. Deswegen muss die Politik die Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt wieder zugunsten der abhängig Beschäftigten verschieben. Leiharbeiter müssen künftig den gleichen Lohn wie Stammbeschäftigte erhalten. Die Lohndiskriminierung von Frauen muss beseitigt werden. Die geringfügige Beschäftigung sollte eingedämmt, die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert und die Zumutbarkeit abgeschafft werden. Eine solche neue Arbeitsmarktordnung ist eine notwendige Voraussetzung für eine armutsfeste und lebensstandardsichernde Rente.

Darüber hinaus sollte die gesetzliche Rente reformiert werden. Das Leistungsziel muss wieder ins Zentrum der Rentenpolitik rücken. Die lebenslange Arbeitsleistung der Beschäftigten muss sich wieder in der Rentenhöhe widerspiegeln. Nach dem Arbeitsleben darf nicht der soziale Abstieg folgen. Deswegen sollte die Rentenformel wieder geändert werden. Allein Brutto-lohntwicklung und Beitragsatz sollen künftig wieder die Höhe der gesetzlichen Rente bestimmen. Das Sicherungsniveau darf nicht unter 50 % sinken.

Doch damit nicht genug: Um den Risiken unsicherer und gebrochener Erwerbsbiografien entgegenzuwirken, reicht ein höheres Sicherungsniveau allein nicht aus. Deswegen müssen die solidarischen Elemente der gesetzlichen Rente ausgebaut werden. Zeiten der Arbeitslosigkeit, Kindererziehung und Pflege sollten ebenso wie gering entlohnte Erwerbsphasen rentenrechtlich aufgewertet werden. Wer aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden muss, darf nicht noch mit Rentenabschlägen bestraft werden. Die Rente mit 67 muss ausgesetzt werden, da die Voraussetzungen einer altersgerechten Arbeitswelt nicht gegeben sind. Die

Einführung einer Mindestrente soll verhindern, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, später zum Sozialamt gehen müssen. Langfristig sollte die Gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden.

Ergänzend zur Reform der gesetzlichen Rente können die Betriebsrenten – durch Verpflichtung, und Übertragbarkeit – gestärkt werden. Zentral bleibt aber die gesetzliche Rente. Eine weitere Privatisierung der Gesetzlichen Rentenversicherung gilt es zu verhindern. Die hohe öffentliche Subventionierung privater Altersvorsorge sollte rückgebaut werden. Dieser solidarische Um- und Ausbau der Altersvorsorge ist mehr als nur ein Wunschkonzert. Er ist auch in Zeiten demografischen Wandels und offener Grenzen finanzierbar.

Die Alterung unserer Gesellschaft ist eine Herausforderung, die ein moderner Sozialstaat ohne Leistungskürzungen bewältigen kann. Leider herrscht noch immer die Sicht vor, dass die Einschnitte bei der gesetzlichen Rente alternativlos waren. Die Alterung der Gesellschaft und der schärfere internationale Wettbewerb ließen den Verantwortlichen angeblich keine andere Wahl. Das war damals schon falsch und ist es auch heute.

Der demografische Wandel wurde und wird unzulässig dramatisiert. Die größten Verschiebungen der Altersstruktur liegen bereits hinter uns. Der Altersquotient – die Relation zwischen den über 65-Jährigen und den 15 bis 65-Jährigen im erwerbsfähigen Alter – stieg zwischen 1900 und 1960 stärker als in den nachfolgenden 60 Jahren.

Die Finanzierung der gesetzlichen Rente ist abhängig vom Verhältnis der Beitragszahler zu den Rentenempfängern. Ein längeres Leben und weniger Kinder können dieses Verhältnis zulasten der Beitragszahler verschieben. Ob die Belastung tragbar ist, hängt von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft ab. Wenn die Produktivität je Beschäftigtem zukünftig um nur 1 % jährlich wachsen wür-

de, wäre das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr 2060 um ein Drittel größer als heute. Damit hätte der Produktivitätszuwachs den prognostizierten Rückgang der arbeitenden Bevölkerung wettgemacht. Die Alterung der Gesellschaft verkleinert also nicht automatisch den Verteilungsspielraum. Dieser größere Verteilungsspielraum muss natürlich ausgeschöpft werden. Erst eine wachsende Lohnsumme sorgt für steigende Beitragseinnahmen. Die Rentenfrage ist somit immer auch eine Verteilungsfrage.

Darüber hinaus ist die Zahl der Erwerbstätigen und Beitragszahler politisch beeinflussbar. Weniger Arbeitslose, mehr arbeitende Frauen, mehr sozial versicherte Arbeit und mehr Zuwanderung erhöhen die Erwerbstätigkeit und füllen die Rentenkassen.

Um den solidarischen Ausbau der Rentenversicherung zu finanzieren, ist aber auch ein leichter Beitragsanstieg vertretbar. Dabei müssten zunächst die aus der Parität entlassenen Arbeitgeberbeiträge steigen. Das kostet weder Wachstum noch Arbeitsplätze. Für die unterstellten beschäftigungsfeindlichen Effekte von höheren Lohnnebenkosten gibt es keinen belastbaren empirischen Beleg.

Eine armutsfeste und lebensstandard-sichernde gesetzliche Rente ist sozialpolitisch wünschenswert und finanzierbar. Die Überwindung der Altersarmut war eine der großen Errungenschaften sozialdemokratischer Politik. Jetzt geht es darum mit einer guten Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik ihre Rückkehr zu verhindern. Eine solidarische Altersvorsorge ist möglich. ■

Hilmar Höhn

It's the society, stupid

Warum Sozialstaat und Arbeitsmarkt mehr als bessere Gesetze nötig haben

Wir leben in einem Zeitalter der Extreme. So steht z.B. einer hohen volkswirtschaftlichen Produktivität einerseits eine Abwertung von Arbeit, Bildung und Leben andererseits gegenüber. Mit Gesetzen und anderen staatlichen Interventionen wird nun versucht, die erheblich ins Rutschen geratenen Einkommen, Arbeitnehmerrechte und Renten zu befestigen. Das reicht aber nicht aus. Veränderungen bedürfen auch einer Begeisterung für eine bessere, solidarische Ordnung der Moderne und für ein erfolgreich selbstbestimmtes Leben.

Hilmar Höhn

(* 1968) leitet die Verbindungsstelle des IG BCE-Hauptvorstandes in Berlin.



hilmar.hoehn@igbce.de

Zum einen war in Deutschland die Wertschöpfung noch niemals so hoch wie in diesem Jahr, noch nie waren unsere Reichen so reich. Zum anderen war aber auch die Armut hart arbeitender Menschen hierzulande noch nie so groß, war unsere Mittelschicht noch niemals so dünn. Seit Jahrzehnten wurde keine ganze Generation von Kindern aus einfachen Verhältnissen mehr so von Bildung ausgegrenzt. Noch nie waren in Deutschland so viele

Wir werden 2012 Zeuge einer ganzen Reihe gesellschaftlicher Superlative: